

Lutherische Kirche in der Umbruchssituation Südafrikas

Dem Präsidenten des Kirchlichen Außenamtes der EKD,
D. Adolf Wischmann,
zum 65. Geburtstag gewidmet

A) Neue Entwicklungen in Südafrika

Es ist nicht zu übersehen, daß sich Stil und Inhalt mancher Meldungen und Berichte über Südafrika in letzter Zeit gewandelt haben. Entwicklungen, deren Ansätze wegen eines vorgeprägten Urteils lange Zeit nicht wahrgenommen wurden oder die man nicht wahrhaben wollte, treten offen zutage. Auch die kirchliche Berichterstattung wird an diesem Wandel nicht vorbeisehen können, durch den die Fixpunkte des vielbeschworenen status quo in Südafrika ihre bisherige Ortung zu verlieren scheinen.

Diese neuen Entwicklungen mögen zum Verständnis der Situation kurz skizziert werden. In der bisher sterilen südafrikanischen Situation gibt es seit etwa drei Jahren ein neues Moment in einer sich immer stärker zu Worte meldenden schwarzen Bewußtseinshaltung, dem sogenannten „Black Consciousness Movement“. Diese Bewegung ist ursprünglich ausgegangen von einer heranwachsenden schwarzen akademischen Elite, deren Protest gegen „weiße“ Bevormundung im Universitätsbereich weithin Aufsehen erregte. Sie wurde begleitet von Streikbewegungen und Lohnkämpfen schwarzer Arbeitnehmer in der Industrie, die – nach südafrikanischer Gesetzgebung zu diesem Zeitpunkt noch illegal – dennoch von der weißen Regierung geduldet werden mußten. Die Sicherung der wirtschaftlichen Wachstumsrate, ein entscheidender Stabilisierungsfaktor südafrikanischer Politik, sowie die Aufrechterhaltung eines funktionsfähigen Industrieapparats waren für die weiße Regierung nur für den Preis von Zugeständnissen auf dem Arbeitssektor zu erreichen. Diese Zugeständnisse, für die Zeit Albert Luthulis fast unvorstellbar, umfaßten neben Lohnerhöhungen die Zulassung von Streiks mit gewis-

sen Ausnahmeregelungen und die Einrichtung von „Arbeitsausschüssen“ durch schwarze Industriearbeiter als Vorform eigener Gewerkschaften. Unverkennbar befinden sich Regierung und „weiße“ Industrie erstmalig ihren schwarzen Arbeitern gegenüber in einer Defensivstellung. Arbeitskämpfe können heute in Südafrika nicht mehr – auch nicht mit Gewalt – unterdrückt werden. Eine gewisse Kontrolle der Arbeitskämpfe seitens der „weißen“ Industrie und der Regierung ist nur möglich durch weitere Zugeständnisse gegenüber eskalierenden Forderungen der schwarzen Arbeitnehmer.

Aber auch auf anderem Gebiet befindet sich die Regierung in einer schwieriger werdenden Situation. Das von Kritikern Südafrikas häufig als deklamatorische Geste der Regierung bezeichnete Selbstbestimmungsrecht der Schwarzen unterliegt neuerdings scharfen Kriterien der Glaubwürdigkeit in der Bildung der sogenannten Bantustans. In der Verfolgung ihrer „Politik der getrennten Entwicklung“ hat die Regierung verschiedene Heimatländer für acht ethnisch und sprachlich unterschiedliche schwarze Volksgruppen eingerichtet. Deren schwarze Führer, die von Kritikern und Gegnern der Regierung in einer Anfangsphase als Puppen der Regierung belächelt wurden und die noch heute im Unterschied zu diversen Exilsorganisationen von den Vereinten Nationen und der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) nicht als Gesprächspartner anerkannt werden, fordern von der weißen Regierung die Vergrößerung und Konsolidierung ihrer Heimatländer in einem Umfang, der die Regierung vor neue Probleme stellt. Diese schwarzen politischen Führer wie Buthelezi, Mangope und Matanzima haben durch ihren Mut und ihre Integrität die Unterstützung der schwarzen Bevölkerung und werden deshalb mit Recht von Regierungen westlicher Staaten als Gesprächspartner eingeladen und anerkannt.

Zur südafrikanischen Situation heute muß zusammenfassend gesagt werden, daß sie gekennzeichnet ist von einem neuen Wertgefühl der Schwarzen auf Grund der Erkenntnis, daß die Abhängigkeit der Weißen von den Schwarzen auf dem Arbeitssektor wie auch im politischen Bereich langfristig immer größer werden wird und daß zugleich Wissensstand, Bevölkerungszuwachsrates und Ausdehnung von Verantwortungsbereichen in der Zukunft eine klare Tendenz zugunsten der schwarzen, farbigen und indischen Bevölkerung aufweisen. Die Zeit ist vorbei, in der Schwarze in politischen Fragen den Weißen als Bittsteller gegenübertraten. Heute werden von schwarzer Seite Forderungen gestellt. In diesem Zusammenhang muß gesagt werden, daß ein baldiger Abbau

diskriminierender gesetzgeberischer Maßnahmen gegen die nichtweiße Bevölkerung nötig sein wird, um eine schmalere werdende Gesprächsbasis mit der schwarzen Mehrheit einschließlich der Möglichkeit des Interessenausgleichs zu erhalten. Die kürzlich erfolgte Äußerung des eher als konservativ einzustufenden Innenministers der südafrikanischen Republik, Connie Mulder, daß man auf weißer Seite in der Vergangenheit Fehler gemacht habe und sicher auch in Zukunft Fehler machen werde, ist für den Beobachter der südafrikanischen Szene eine bemerkenswerte Aussage auf dem Hintergrund sonstiger Selbstsicherheit der Regierung, die deren Offenheit für Revisionen auf breiter Basis in absehbarer Zukunft zumindest nicht ausschließt.

Der weiße Südafrikaner hat sich heute mit dem nichtweißen Südafrikaner zu arrangieren, um seine eigenen Chancen als Einwohner dieses Landes zu wahren. Hierbei wird er in einer Übergangssituation die für ihn überraschende Erfahrung machen, daß der Schwarze die von ihm erduldeten Apartheid seinerseits auf den Weißen anwendet, wobei schwarze und farbige Führer das Gespräch mit dem weißen Partner ablehnen. Im studentischen Bereich ist das schon heute der Fall. Besonders schmerzlich trifft diese „schwarze Apartheid“ die sogenannten weißen Liberalen, die zumeist englischsprachigen Oppositionsgruppen in Kirche und Gesellschaft angehören. Ihnen wird in schroffer Weise von einer jungen schwarzen Akademikergeneration vorgeworfen, daß ihre wohlgemeinten Bemühungen zur Durchsetzung schwarzer Emazipationsbestrebungen nichts weiter als eine philanthropische Verschleierungstaktik wären. Die Krise der weißen Liberalen in Südafrika besteht in ihrer Isolation innerhalb ihrer eigenen Bevölkerungsgruppe als auch in einer zunehmenden Isolation gegenüber der schwarzen Generation, die die Zukunft bestimmen wird. Dem Problem dieser Isolation hat sich auch das in der Ökumene so bekannte Christliche Institut zu stellen.

Eine politische Lösung der Probleme Südafrikas muß angesichts der Verbrauchtheit bisheriger politischer Konzeptionen neu von den verschiedenen politischen Kräften erarbeitet werden. Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß die politische Lösung der Zukunft verlaufen wird zwischen den bisherigen Alternativen einer Trennung der Rassen und ethnischen Gruppen einerseits und einer sozialen und politischen Integration andererseits. Das Konzept einer vielrassigen südafrikanischen Gesellschaft in freier Partnerschaft der einzelnen Gruppen scheint sich als mögliche Lösung anzubieten.

Auf jeden Fall dürfte schon jetzt feststehen, daß notwendige Veränderungen in Südafrika system-immanent sind. Von außen herangetragene Lösungsversuche – seien sie gut oder weniger gut gemeint – haben angesichts der skizzierten innerafrikanischen Vorgänge wenig Aussicht, in Südafrika aufgenommen zu werden. Nicht nur weiße, sondern auch Verantwortung tragende schwarze Führer sehen deshalb in bestimmten Teilen des Anti-Rassismusprogramms des Weltrats der Kirchen für Südafrika keine Lösung, soweit in diesem Programm von außen her und unter Anwendung von Gewalt und Boykott Veränderungen in Südafrika herbeigeführt werden sollen, die in Südafrika längst und vielversprechender eingeleitet worden sind.

B) Der Beitrag der lutherischen Kirche zur südafrikanischen Situation

Von einer lutherischen Kirche in Südafrika zu reden, greift der Wirklichkeit weit voraus. Etwa 850 000 lutherische Christen des südlichen Afrika sind Glieder von 13 lutherischen Kirchen, die in ihrem Bekenntnisstand entsprechend ihrer Entstehung durch die Tätigkeit verschiedener Missionsgesellschaften (Vereinigte Evangelische Mission, ehemals Rheinische Mission, Berliner Mission, Hermannsburger Mission, Herrnhuter Mission, Finnische Mission usw.) der bunten Palette deutschen Landeskirchentums gleichen. Hinzu kommt eine ethnische, sprachliche und kulturelle Unterschiedenheit der Kirchen untereinander, die im wesentlichen deckungsgleich ist mit einer Differenzierung in Fragen des Bekenntnisses, des gottesdienstlichen Lebens und auch in einer für Südafrika entscheidenden theologischen Frage, der der Zwei-Reiche-Lehre.

Der Versuch, eine gewisse Profilierung dieser Frage als lutherischen Beitrag für die Beziehung zwischen Staat und Kirche in Südafrika zu erreichen, ist den in der Föderation Evangelisch-Lutherischer Kirchen im Südlichen Afrika (FELKSA) zusammengeschlossenen 13 lutherischen Kirchen noch nicht gelungen. Interessenkollisionen zwischen den ca. 800 000 nicht-weißen Christen und den in einer Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche im Südlichen Afrika (VELKSA) zusammengeschlossenen 40 000 weißen Christen spielen dabei ebenso eine Rolle wie Kommunikationsprobleme angesichts der Weite eines Gebietes, in dem die Lutheraner in einer Art Diaspora leben. Hier kommt der von der FELKSA geförderten und vom Kirchlichen Außenamt der EKD, dem Deutschen Hauptausschuß des Lutherischen Weltdienstes und dem Lu-

therischen Weltbund unterstützten vielrassigen Christlichen Akademie im Südlichen Afrika eine besondere Kommunikations- und Reflexionsaufgabe zu.

Die Problematik setzt da ein, wo Kirche im soziopolitischen Raum zur Interessenvertretung ihrer Glieder wird. Dieser Gefahr unterliegen die „weißen“ Kirchen insoweit, als in ihnen ein bestimmtes Verständnis der Zwei-Reiche-Lehre die Existenz bestehender Ordnungen, die für nicht-weiße Christen ungerecht sind, sanktioniert und diese Ordnung möglicherweise unwissentlich theologisch überhöht. Eine ähnliche Gefahr ist aber ebenso gegeben, wo „schwarze“ Kirche aus verständlichem Grund zum Mund der Stummen wird und Regierung und weiße Kirchen in scharfer Form anklagt, wie es z. Z. in den schwarzen lutherischen Kirchen in Südwestafrika der Fall ist. Hierbei wird Kirche zur immanenten Befreiungsbewegung, was übrigens in Südafrika kein Novum ist. Die wegen ihrer Unterstützung der Apartheidspolitik in der Ökumene umstrittenen reformierten Kirchen Südafrikas sind insofern ebenfalls in einem historischen Geschehenszusammenhang als Befreiungsbewegungen anzusehen, als sie die eigentlich integrierenden Größen waren im Kampf um die Volkwerdung der Afrikaaner (Buren) in Sprache, Kultur und politischem Selbstverständnis und in der Auseinandersetzung mit der englischen Bevölkerungsgruppe, der die Buren strategisch unterlagen. Kirche als Interessenvertretung, sei sie „weiße“ oder „schwarze“ Kirche, wird sich einem illegitimen Machtanspruch nicht entziehen können, auch wenn sie die Macht der Machtlosen als Triebkraft ihres Handelns ansieht. Sobald die Durchsetzung oder Verteidigung von als christlich verstandenen Prinzipien sozialen und politischen Verhaltens den Verkündigungsauftrag der Kirche durchdringt oder ihn ersetzt, reduziert eine solche Kirche ihren Auftrag auf ein Programm und gerät leicht in den Bereich unanfechtbarer Selbstrechtfertigung oder eines säkularisierten Erwählungsgedankens, wie er auch in gewisser Weise bei den reformierten Kirchen anzutreffen ist. Die Gefahr einer eindimensionalen Interpretation der Zwei-Reiche-Lehre gilt auch für einige lutherische Kirchen Süd- und Südwestafrikas.

Die Geschichte der Kirche zeigt, daß Gott an seiner Kirche vorbeihandeln kann, wenn diese in perfektionistischer Weise und in Selbstanmaßung blind wird für Vorgänge und Prozesse, mit denen Gott auch in Südafrika Geschichte vorantreibt. Deshalb ist es eine der Aufgaben der lutherischen Kirche im südlichen Afrika, die geheimen Möglichkeiten Gottes in der angespannten Situation Südafrikas zu entdecken und sich

in vorwärtsweisende Veränderungen einzuschalten. Vielleicht sind die oben skizzierten Entwicklungen auf dem Arbeitssektor die Larven (wie Luther sagt), hinter denen Gott verborgen aber verändernd in die Geschichte Südafrikas eingreift.

Voraussetzung für das Handeln lutherischer Kirche im südlichen Afrika ist die Anerkennung einer so und nicht anders gearteten Wirklichkeit. Die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit schließt deshalb ein das Postulat sachgerechten, an der Wirklichkeit und nicht nur an der Wünschbarkeit orientierten Handelns. Diese Voraussetzung gilt ebenso für die intensive Beschäftigung überseeischer Kirchen mit dem Konfliktbereich „Südafrika“. Die je eigene und unvergleichliche Situation Südafrikas und der Geschehenszusammenhang heutiger Entwicklungen mit der Geschichte eines Landes und seiner schwarzen, farbigen und weißen Menschen sollte notwendiges Korrektiv für die verschiedenartigen Lösungsversuche innerhalb und außerhalb Südafrikas sein. Geschichtsloses Handeln in einem eingebildeten Freiraum verführt zu Vereinfachung und Abstraktionen, durch die das Augenmaß für richtiges und mögliches Handeln verlorengeht. Für Südafrika gilt der dritte Leitsatz der Studienarbeit des Ökumenischen Ausschusses der VELKD in besonderer Weise, in dem es heißt: „Bei jeder Äußerung zu sozialpolitischen Problemen ist es wichtig, daß die Lebensbedingungen der Geschichte nicht durch abstrakte Forderungen überspielt werden. Die Geschichte ist und bleibt für jeden, der von Kreuz und Auferstehung Jesu Christi her denkt, ein Geschehenszusammenhang, der unter dem Zwang der Selbstbehauptung und des Vergehens steht.“

Zwischen den „Lebensbedingungen der Geschichte“ und dem Bewußtsein, zu einer friedlichen Sicherung des Lebensrechtes für alle Bewohner Südafrikas einen Beitrag geben zu müssen, verläuft die Aufgabe lutherischer Kirchen im sozialpolitischen Geschehen Südafrikas. Hierbei werden nicht so sehr große und utopische Entwürfe, die eine Tendenz zur Verselbständigung und zur religiösen Ersatzdisziplin haben, die Entwicklung in Südafrika beeinflussen, sondern die konkreten und beharrlichen Schritte hin zu erreichbaren Zielen. Es wäre von daher geraten, daß die lutherischen Kirchen in Südafrika nicht die Gesamtproblematik der Rassenbeziehungen und Machtverhältnisse im Frontalangriff angehen, sondern diese Problematik in besonders unhaltbaren Symptomen aufgreifen, um von einer allgemeinen, aber theoretisierenden Anklage gegen ungerechte Strukturen zum konkreten Handeln zu kommen. Die Föderation Evangelisch-Lutherischer Kirchen hat sich in diesem Sinne

das Problem der Wanderarbeit in Südafrika mit seinen inhumanen Konsequenzen von Familientrennung und Ausbeutung in Zusammenarbeit mit der Christlichen Akademie zu eigen gemacht. Eine solche Konkretion ist um so wichtiger, als sich auch die lutherischen Kirchen in Südafrika täglich mit dem Mißverständnis auseinanderzusetzen haben, daß der Kampf um das schier Unerreichbare, die Begnügung mit der Aussichtslosigkeit des Handelns und das voraussehbare Scheitern vieler Bemühungen, bereits Axiome einer Kreuzestheologie seien. Ein solches Mißverständnis, das bei einer Personalisierung der Frage zu einer unechten Martyrologie führen kann, geht an der Tatsache vorbei, daß es Gott gefallen hat, das Kreuz Christi in die Vorfindlichkeit dieser Welt hineinzustellen und nicht in einen imaginären, wirklichkeitsfremden Raum.

Den wichtigsten theologischen Beitrag könnten die lutherischen Kirchen in der Frage der Kirchengemeinschaft in Südafrika geben. Hierbei geht es nicht um die Schaffung kirchlicher Einheit über Rassenunterschiede hinweg, sondern um Kirchengemeinschaft in und mit Rassenunterschieden. Kirche ist nicht Fluchtpunkt aus einer Welt der Unterschiede, Gegensätze und Dissonanzen heraus, sondern ist der Ort, wo die im Glauben geschenkte Gemeinschaft in den Unterschieden bewährt wird. Deswegen ist kirchliche Einheit nicht Aufhebung oder Nivellierung dieser Unterschiede. Motiv dieser Einheit kann ebensowenig eine politische Solidarisierung gegen den Staat und seine Politik sein, wie oft gefordert wird, wiewohl kirchliche Einheit durchaus von Fall zu Fall das gemeinsame Vorgehen gegen eine für die eine oder andere Gruppe ihrer Glieder ungerechte Behandlung zur Folge haben sollte. Im gesamtkirchlichen Kontext Südafrikas müssen die Lutheraner an dieser Stelle sehr hellhörig sein gegenüber einer Ökumene, die ihre Integrationskraft nährt aus kulturellen und politischen Ressentiments englischer Kirchen gegen die afrikaans-reformierten Kirchen mit deren Einfluß auf die Regierung und von daher ökumenische Solidarität fordert. Hier stellt sich für die lutherische Kirche die reformatorische Frage nach der „pura doctrina“ neu in der Frage nach den Motiven kirchlichen Handelns angesichts eines zur Solidarisierung rufenden flachen Pragmatismus, der eine nicht zu übersehende Versuchung für viele Lutheraner darstellt.

In Hamanskraal haben 1971 Vertreter aller lutherischen Kirchen im südlichen Afrika Kanzel- und Abendmahlsgemeinschaft als konstitutives Moment ihrer kirchlichen Gemeinschaft bekräftigt. Der Weg von dieser

gegenseitigen Erklärung in die Praxis der Gemeinde hinein ist lang und schwer. Im Gegensatz zu den Anglikanern und Katholiken, bei denen Kirchengemeinschaft aufgrund ihrer sakramental-liturgischen Tradition vorgegeben und in Gottesdiensten eher zu verwirklichen ist, haben es die lutherischen Kirchen im südlichen Afrika als Kirche des Wortes und der Wortverkündigung darin ungleich schwerer. Der eher verbal-rationale Charakter gottesdienstlichen und kirchlichen Lebens der lutherischen Kirchen läßt kulturelle, sprachliche und emotionale Unterschiede der einzelnen Christen stärker hervortreten. Der lutherische Beitrag zur Frage kirchlicher Gemeinschaft im südlichen Afrika und seiner vierrassigen Gesellschaft wird der sein, daß lutherische Kirche Einheit in der Unterschiedlichkeit und in Form gegliederter Gemeinschaft verwirklicht. In dieser Aufgabe zeichnet sich das Ringen um Profilierung eines dritten Weges zwischen Apartheid und Integration in Kirche und Gesellschaft ab. Es ist interessant festzustellen, daß das Ringen um diesen Weg gegliederter Gemeinschaft den oben aufgezeichneten Entwicklungen im gesellschaftspolitischen Raum entspricht.

Der lebt am allerbesten, der sich nicht selbst lebt, und der lebt am aller-
ärgersten, der sich selbst lebt.

Martin Luther